

Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V.

Berlin, September 2011

61. Jahrgang, Nr. 707

Kleine Erfolge und große Pleiten – keiner konnte ehrlich jubeln

Eine Nachlese zum Wahlergebnis vom 18. September zum Berliner Abgeordnetenhaus / von B. Thonn

Berlin hat gewählt, und ganz Deutschland, auch Europa und die Welt haben auf das Ergebnis dieser Wahl gewartet, wiewohl es wenig Überraschendes gegeben hat. Der eklatante Absturz der FDP, der Zugewinn der Grünen, das Absacken der Linken und der explosionsartige Aufstieg der Piratenpartei waren bereits vor der Wahl vorausgesagt worden. Es ging nun zum einen darum, mit welchen Ziffern sich die jeweiligen Trends bestätigen würden, zum anderen stellte sich vorab die Frage, welche Konsequenzen die Parteien für das bundespolitische Verhalten ziehen werden.

Die Blicke richteten sich vor allem auf die FDP: Wird diese Partei noch zu retten sein? Viele Antworten gab es am Abend des 18. September nicht. Herr Rösler, der die Partei in den letzten Wochen endgültig zum Scherbenhaufen gemacht hat, trat erst mal gar nicht vor die Kameras, Herr Lindner und seinen Parteifreunden fiel nichts Besseres ein, als weiterhin auf den Koalitionspartner CDU einzuprügeln und die vorherigen Äußerungen von Wolfgang Schäuble für die Vernichtung der Liberalen verantwortlich zu machen. Diese Art, sich noch einmal aufrichten zu wollen, ist fast schon besorgniserregend. Sie hat nichts mit dem viel zitierten Willen des Wählers zu tun, sondern wird nur durch das Streben nach Eigennutz getrieben. Zudem wird hier ein Grundsatz missachtet: Wenn schon gestritten werden muss, dann bitte hinter verschlossenen Türen.

Ihren Denkkzettel hat endlich auch die Partei Die Linke erhalten. Nicht

nur dass man Stimmen verloren hat, wurde die Partei erstmals im Ostteil des wiedervereinten Berlins nicht mehr stärkste Kraft. Die Partei hat kein wirklich eigenes Konzept, ihre Doppelspitze wird immer unglaubwürdiger, und der Konflikt zwischen der selbstherrlichen Führung und der Basis kann alsbald zur Zersplitterung oder zur Auflösung der früheren SED führen. Ganz davon abgesehen, dass die Opfer des untergegangenen Kommunismus-Regimes noch immer auf eine einstimmige und bedingungslose Entschuldigung für das an ihnen begangene Unrecht warten.

Auch für Bündnis 90/Die Grünen geriet das Wahlergebnis trotz ansehnlichen Stimmenzuwachses nicht zum erhofften Durchbruch. Der Spagat zwischen Bürgerlichkeit und Authentizität ist offenbar nicht praktikierbar. Zumindest nicht so, um eine Volkspartei zu werden. Wer einerseits zum Establishment gehören will, andererseits aber innovativ und glaubwürdig sein möchte, stößt nur auf begrenzte Zustimmung.

Als Partei der Neuerungen und der „Spontis“ haben sich vorerst die Piraten erwiesen. Im Gegensatz zu den Grünen, die vor etwa drei Jahrzehnten ihren Anfang nahmen, ist bei den Piraten derzeit noch kein definiertes bürgerverständliches Ziel oder gar Programm zu entdecken. Die Partei konnte sich interessant machen, und sie wirkt noch unverbraucht, jugendlich und von der politischen Arbeit unbeleckt. Dass sie damit hauptsächlich von jenen Wählern, denen die übrigen Parteien inzwischen nichts mehr zu bieten haben, Stimmen er-

halten hat, sollte sie als Chance ansehen.

Für die CDU, die – beinahe unbemerkt – ihren Abwärtstrend hat umkehren können, wird es auf Bundesebene schwerer denn je. Die Querschüsse und die Besserwisserei in der Koalition und auch in der eigenen Partei werden für Frau Merkel demnächst keine stabile Regierungsarbeit zulassen. Aus Sicht vieler Bürger sind all die Attacken, die innerhalb von CDU, CSU und FDP vorgetragen werden, sinnlos und egoistisch. Das Boot der Bundesregierung lag trotz Euro-Krise und Nordafrika-Konflikt bisher gut auf Kurs. Es ist bedauerlich, wenn ein Teil der Mannschaft seekrank geworden sein sollte und daher der Kapitänin unentwegt ins Steuer fällt.

Papstbesuch nun doch ein Politikum?

Der Großteil der Deutschen hat sich über den Besuch des Papstes in unserem Land gefreut. Immer noch empfindet es die Mehrheit als Ehre, dass die Deutschen das Oberhaupt der katholischen Kirchengemeinschaft stellen. Dass nun während der Rede des Papstes im Bundestag Abgeordnete fernbleiben, um stattdessen an Anti-Papst-Demonstrationen teilzunehmen, beleidigt sowohl den Papst wie auch viele deutsche Bürger. Zudem wird die propagierte Trennung von Kirche und Politik ad absurdum geführt. Wer als Bundestagsabgeordneter mit Verweis auf sein Amt demonstriert, vermischt nicht nur Politik und Kirche, sondern er missbraucht auch das Vertrauen der Wähler.

Hugo Diederich

Wenn es nach den zu absolvierenden Landtagswahlen ginge, so wäre das Jahr 2011 bereits zu Ende. Mit den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus hat sich der Kreis vorerst geschlossen. Wer gehofft hatte, einen allgemeinen Trend feststellen zu können, der sieht sich getäuscht. Bis auf die Ergebnisse von Bündnis 90/Grüne sind die Erfolge und Misserfolge der großen Parteien in den Bundesländern unterschiedlich verteilt.

Bündnis 90/Grüne sind ohne jeden Abstrich die Gewinner des Wahljahres 2011 unter den deutschen Par-

teien. In Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz kehrten sie nach längeren Pausen in die Landesparlamente zurück, und sie legten in allen Bundesländern zu. In Baden-Württemberg stellen sie erstmals in der deutschen Geschichte einen Ministerpräsidenten, was vor allem zu Lasten der CDU geht, die aber ansonsten – wenn auch mit Mühe – die meisten ihrer Positionen verteidigte und durch den Zuwachs in Berlin mit Hoffnung auf die nächsten Wahlrunden schauen darf. Allerdings wird es notwendig sein, sich einen neuen Verbündeten für weitere Koalitionen zu suchen, denn die FDP wird, wenn überhaupt, sobald nicht wieder auf die Beine kommen. Für mich persönlich ist es unvorstellbar, dass eine Partei, die mit Hans-Diedrich Genscher einen Politiker hervorgebracht hat, dessen Arbeit die Wiedervereinigung unseres Landes wesentlich begünstigt hat, auf einmal nichts weiter zu bieten hat als untaugliche Phrasen und blinde Beschimpfungen der eigenen und der verbündeten Parteikollegen. Anstatt sich in der Koalition auf Einigkeit und gemeinsame Ziele zu besinnen, wird das zerschlagen, was in vielen Jahren mühsam aufgebaut wurde.

Nicht so steil, doch sichtbar in der Tendenz vollzieht sich auch der Abstieg der Linken. Die Partei hat keines ihrer Wahlziele wirklich erreicht. Selbst in Sachsen-Anhalt, wo sie mehr als zwanzig Prozent der Stimmen einführte, wurde sie auf

die Oppositionsbank verwiesen. Besonders in den alten Bundesländern, wo sie sich den Einzug in die Parlamente vorgenommen hatte, konnte sie nicht wesentlich punkten. Mich fragen immer mal wieder Leute, was ich denn von dieser Partei halte, und ich sage jedem, dass ich zu dieser Partei eigentlich nichts zu sagen habe. Die alte Bundesrepublik ist 45 Jahre ohne eine PDS oder Linke ausgekommen, warum muss diese Partei, der

Auf ein Wort = des Redakteurs

es an Ehrlichkeit und Kontinuität fehlt, jetzt auf einmal notwendig sein? Um sozial zu denken und zu handeln und sich für eine gesunde Umwelt einzusetzen bedarf es keiner Parteizugehörigkeit bei den Linken.

Letztlich ein Wort zu den *Piraten*. Natürlich ist es immer abenteuerlich, wenn Gruppierungen ins politische Leben eintreten, die sich den Nimbus frischen Windes geben und sich für gesellschaftliche Reformen und Erneuerungen einsetzen wollen und die auch mal andere Ziele verfolgen. Die Frage muss aber erlaubt sein: Werden diese *Piraten* auch als Abgeordnete, als Politiker arbeiten können?

Zum anderen bleibt anzumerken, dass – so geht's jedenfalls mir – man bei dieser Partei keine gesamtgesellschaftsbezogenen politischen Inhalte und Ziele ausmachen kann. Ich würde mir hier Aussagen wünschen, die sowohl zur Außenpolitik wie auch zum Geschehen im Innern Bezug haben. Es ist schlecht und längerfristig nicht akzeptabel, dass wir Fraktionen in den Abgeordnetenhäusern zu sitzen haben, die sich nur auf einzelne Sparten beziehen und die großen Themen bestenfalls oberflächlich bewerten. Gerade Berlin als einstufiger und auch aktueller Brennpunkt braucht kompetente Politiker. Insofern erhoffen wir uns von den neu hinzugekommenen Abgeordneten alsbald gewichtige politische Aussagen, die auch zu den Problemen der VOS einen Bezug finden werden.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

Termine

Das Niedersächsische Netzwerk lädt ein zur Fachtagung am

**29. Oktober 2011
im Hotel Mercure Hannover
von 13.00 Uhr bis 18.15 Uhr**

Thema:

Wie kann die Anerkennung von haft- und verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden für Opfer der SED-Diktatur verbessert werden?

Anmeldung bis 18. Oktober 2011 bei Tel. Harry Hinz 05404-91 7422

Oder Email: kuehne-hinz@t-online.de bzw. netzwerk.bruni.grabow@googlemail.com

Hier erhalten Sie auch Informationen über eine teilweise Fahrtkostenerstattung.

Oder direkte Anmeldung: kas-hannover@kas.de, Bruni Grabow, Teamkoordinator Fachtagung

Teilung, Unrecht, Aufarbeitung

14. Oktober in der Akademie des Sports Hannover, Ferdinand-Wilhelm-Fricke-Weg 10

Referenten und Moderation:

Dr. h. c. Joachim Gauck

Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann (Universität Hannover)

Dr. Hans-Jürgen Grasemann

Oberstaatsanwalt a. D.

Thomas Raufeisen, Autor

Dr. Klaus Wallbaum, Red. d. HAZ

Peter Reihs, VOS-Niedersachsen

Begrüßung durch

Uwe Schönemann

Niedersächsischer Minister

für Inneres und Sport

Johannes Rink

Bundesvorsitzender der VOS

Das Land Niedersachsen will gemeinsam mit der Vereinigung der Opfer des Stalinismus ein Zeichen der Anerkennung setzen für die vielen mutigen Menschen, die unter Inkaufnahme vieler persönlicher Nachteile den Einsatz für Freiheit und Demokratie gewagt haben.

Tagungsdauer von 13 Uhr (Anreise) bis 18.30 Uhr. Referate, Podiumsdiskussion. Keine Tagungsgebühr, An- und Abreise am selben Tag.

Anmeldung bis zum 30.09.2011 an: Nds. Ministerium für Inneres und Sport, Referat 45, Postfach 221, 30002 Hannover oder Email: mi-referat-45@mi.niedersachsen.de oder Fax: 0511 / 120 99 4664

In dieser Ausgabe:

Titelseite

Über das Scheitern, den Abstieg und den Aufstieg der Parteien

Gilt die Landtagswahl in Berlin als Trend für die nächste Bundestagswahl?

Redaktionsthema:

Das Jahr 2011 ist in Bezug auf die Landtagswahlen zu Ende

Zwei Jahre im Stasi-Internierungslager „X“ Zeitzeugenveranstaltung in Mainz

Mit neunzig noch wissbegierig und attraktiv für Studenten und Lehrkräfte

VOS-Kamerad Joachim Kögel lernt (und lehrt) an der Heidelberger Uni

„Solche Verfahren sind keine Wunsch-dirwas-Veranstaltungen“

Weitere Hinweise zur beruflichen Reha

Die Antwort ist noch offen

BStU hat auf Brief und Mail nicht reagiert

Verfolgenschicksal aus der DDR: Unter dem Deckmantel des angeblich besten Gesundheitssystems der Welt in der Psychiatrie gefoltert

Die illegale „Behandlung“ eines Andersdenkenden in der Forensik

Verschleppt und gelitten und bis heute traumatisiert

VOS-Kamerad Wolfgang Lehmann ist weiter als Zeitzeuge aktiv

Die Prinzipien der Sippenhaft und die Paragraphen 214 und 219 des StGB der DDR Reinhard Schwarzer als Zeitzeuge

Die Kleinen hängt man, die Großen ...

Warum man als SED-Opfer kein Vertrauen in die Behörden haben kann

Rechtlos gewesen und in das große Gefängnis DDR eingesperrt

Wahrheiten, die heute kaum einer hören will

Soll es kommen oder nicht?

Das Denkmal der Einheit könnte auch das Bewusstsein der Einheit stärken

Endlich führt der Weg in den Westen

Christian Lappe aus den USA mit dem letzten Teil seiner Haft- und Lebensgeschichte

Von Gaumenfreuden und einstmals verbotenen Regionen

Das Weinbuch unseres Kameraden Bernd Müller-Kaller ist allein schon ein Genuss

Wo einst das Ende der Welt war

Über die Ausstellung zum Tränenpalast Berlin

- Leserbrief

- Verstorbene

- Impressum

Andreas Kaiser: Es scheint, als trüge die Partei Die Linke für jeden ihrer Auftritte eine andere Maske. Wenn sie in den Spiegel schaut, sieht sie sich auch selbst so, wie andere sie sehen sollen – ohne Vergangenheit, ohne die alten Gesichter.

Einladung VOS Chemnitz

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden von BSV und VOS, hiermit laden wir ein zur

Jahresabschlussveranstaltung

am Samstag, den 05. November 2011

10.00 Uhr (Einlass: 09.30 Uhr)

nach Chemnitz, Markt 1, im Ratskeller (links),

Wir wollen Rückblick auf 2010/2011 nehmen, zu aktuellen Themen der Rehabilitierung informieren und die Situation der VOS bzw. der politisch Verfolgten diskutieren. Die Gelegenheit zur Diskussion und die Begegnung mit Leidenskameraden stehen dabei im Vordergrund. Wir freuen uns auf Euer Kommen und hoffen auf gute Gesundheit.

Der Vorstand der VOS Chemnitz – Hohenstein-Ernstthal – Stollberg

**Teilnahmebestätigung: an VOS-CHEMNITZ,
Müllerstr. 12, 09113 Chemnitz
oder telefonisch unter: 037209/80481 oder**

Achtung:

Theateraufführung »Staats-Sicherheiten. 15 Schicksale aus dem Gefängnis«

Nun auch im

**Bautzener Deutsch-Sorbischen Volkstheater
(Info unter: unter www.theater-bautzen.de)**

► 29. Oktober Gedenkveranstaltung
zum 1. Todestag von Benno von Heynitz

Auch im August aktive Spender

Erich Schmidt, Ursula und Horst Radtke, Dr. Stefan Lindner, Heinz Baumann, Brigitte und Otto Walter, Hans Stein, Margarete und Albin Lichy, Prof. Dr. Günter Brendel, Fritz Schaarschmidt, Rainer Hohmut, Helga und Heinz Streblov, Curt Lehmann, Günter Jäger, Rainer Buchwald, Martin Minkewitz, Hans Schwan, Wilfried Seifert, Fritz Giese, Helga und Werner Meinhardt, Jürgen Kurt Wenzel, Fredi Wietzoreck, Ingeborg und Joachim Gartzke, Waltraud und Georg Dammköhler, Regina Schneegaß, Friedrich Gregor, Ruth und Hans-Joachim Kittel, Gerhard Franz Wendler, Wolfgang Schuster, Helmut Günther, Peter Leuteritz, Jürgen Stahf, Hans Winkelmann, Werner Wäsche, Edeltraud und Günther Ellinger, Werner Mieth, Herbert Jacob, Grete Messerschmidt, Günter Prescher, Manfred Krafft, Gottfried Gläser, Helmut Stelling, Walter Rudolf Marynio, Gerhard Bohne, Helmut Felbrich, Manfred Grünert, Karl Schulze, Hans-Joachim Erler, Dr. Hans Georg Steinhagen, Lilli und Werner Wähnert, Christian Tauschke, Gottfried Hoyer, Ingrid Faber, Erhard Dannehl, Erik Hofmann, Rudi Ernst, Norbert Behle, Günter Berndt, Horst Wagner, Gisela Lotz, Klaus Gronau, Eberhard Kaduk, Maria und Kurt Schleppe, Heinz Unruh, Reinhard Golde, Wiegand Dannemann, Günther Schrader, Horst-Günther Keferstein, Luzie und Roland Liebold, Arno Bertmann, Wolfgang Thamm, Marianne und Eberhard Hollstein, Elsbeth Jury, Wilfriede Weigel, Manfred Junker, Waldemar Döring, Roland Steinbach, Eberhardt Sachs, Gerda und Kurt Selch.

Allen Genannten ein herzliches Dankeschön

Über Erlebtes, Erfahrenes und Erlittenes berichtet

Gerd Franke als Zeitzeuge und Diskussionspartner in Mainzer Gymnasium

Zum Vortrag vor 130 Schülerinnen der Jahrgangsstufe Zwölf und zu einem anschließenden Zeitzeugengespräch wurde unser Kamerad Gerd Franke (Foto) am 9. September im Rahmen der zeitgeschichtlichen Veranstaltung „Lebendige Geschichte: 50 Jahre Mauerbau - Zeitzeugen berichten“ in die Maria Ward-Schule in Mainz eingeladen.

Die Veranstaltung begann mit der Präsentation eines Ausschnitts aus einem Dokumentarfilm zur Berliner Mauer, der bei den 17- bis 18-jährigen Jugendlichen einen entsprechend nachhaltigen Eindruck hinterließ.

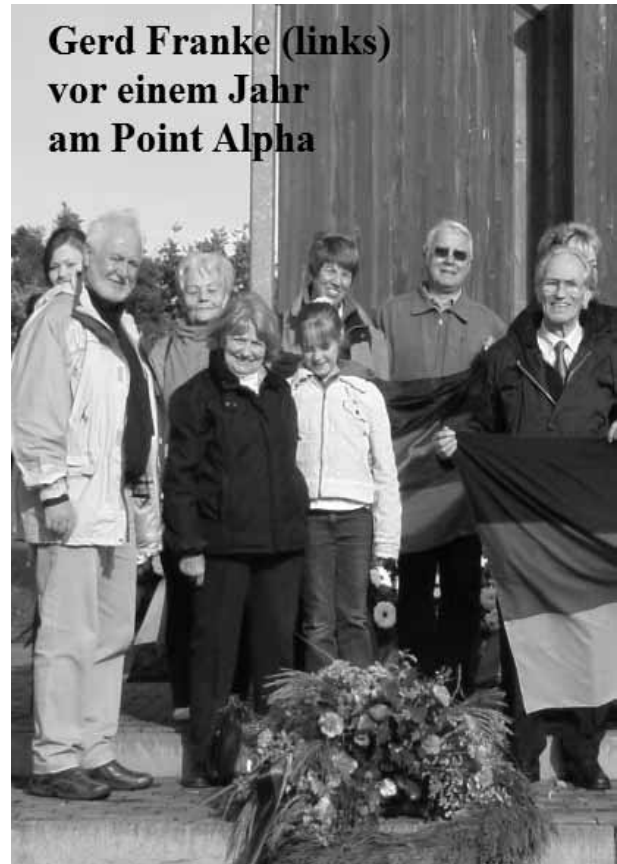
In der Diskussion, die nach dem Film folgte, sagte Gerd Franke, dass was er in der DDR und speziell in den Fängen der Stasi erlebt habe, wünsche er seinem schlimmsten Feind nicht. Franke war wegen der Herstellung und Verbreitung von Flugblättern der „staatsfeindlichen Hetze“ angeklagt und verurteilt worden. Er verbrachte zwei Jahren im Stasi-Internierungslager „X“, bevor er von der Bundesregierung freigekauft wurde.

Die Traumatisierung, die er aus jener Zeit erlitt, hält – wie bei fast allen Opfern – bis heute an, egal das Verfolgung und Verhaftung bei Gerd Franke nun schon mehr als vierzig Jahre zurückliegen und dass sein heutiger Rückblick auf die Zeit und die Gründe der Inhaftierung gelassen und ohne Aggression gegenüber den damaligen Tätern ausfällt. Maßstab seiner Täter-Bewertung ist das Bekenntnis der früheren MfS-Leute zu ihrer Schuld. Ein Standpunkt, der zumindest die persönliche Aufarbeitung erleichtern dürfte. Allerdings habe Kamerad Franke kein Verständnis dafür, wenn die Täter das begangene Unrecht nicht einsähen bzw. abstreiten. – Leider eine Haltung, auf die man heutzutage immer häufiger trifft.

Moderiert wurde das Zeitzeugengespräch von Priska Jones von der Deutschen Gesellschaft - einem Verein zur Förderung politischer, kultureller und sozialer Beziehungen in Europa mit Sitz in Berlin-Mitte.

Die Maria-Ward-Schule ist eine katholische Schulinrichtung mit langer Tradition, die sich zum christli-

chen Glauben als Fundament der Erziehung und Bildung junger Menschen bekennt. Sie hält Kontakt zu anderen Schulen und fördert durch die Zeitzeugen-Veranstaltungen die lebendige Veranschaulichung von Geschichte und Vergangenheit. Wenige Tage vor Gerd Franke war hier auch die DDR-Bürgerrechtlerin Freya Klier zu Gast. Auch ihr Vortrag wurde für die



**Gerd Franke (links)
vor einem Jahr
am Point Alpha**

Jugendlichen eine gelungene Veranstaltung.

Gerd Franke, der in der Region Mainz lebt, ist auch im VOS-Leben aktiv. Er beteiligt sich an Gedenkveranstaltungen und Fahrten zum Point Alpha.

Hugo Diederich

Wissbegierig und Wissen bringend – einfach ein Glücksfall

Glückwunsch zum 90. Geburtstag von Joachim Kögel aus Heidelberg

Einer, der uns allen Vorbild sein sollte und von denen die VOS sehr, sehr viele braucht, ist unser Kamerad Hans-Joachim Kögel. Am 1. August beging er seinen 90. Geburtstag, ohne dass die Mehrzahl der Kameradinnen und Kameraden – leider auch der Fg-Redakteur nicht – rechtzeitig davon erfuhren. Ungeachtet dessen, lieber Kamerad Joachim, nun hast du bereits die nächste Zehnerspanne im Visier, und die gesamte VOS beglückwünscht dich zu deinem anhaltenden Leistungsvermögen und hofft, dass du wie bisher aus dem Vollen schöpfen kannst.

Wer es von den Leserinnen und Lesern nicht wissen sollte: Joachim Kögel hat bereits vor mehreren Jahren ein Geschichtsstudium aufgenommen. Er ist damit nicht nur ein Glücksfall für die VOS, sondern auch für seine Heimatstadt Heidelberg und die dortige Univer-

sität. Natürlich geht Kamerad Kögel zu den Lehrveranstaltungen, um dort zu lernen, doch ist es letztlich auch so, dass die Studenten und selbst die Lehrkräfte auch von ihm lernen können. Jemand, der so bewusst Zeitzeuge ist, kann selbst vermitteln und den jungen Menschen nach und während der Veranstaltungen Fragen beantworten. Nicht zuletzt drückt sich im Glückwunschs schreiben des Dozenten Professor Dr. Edgar Wolfrums eine hohe Anerkennung und die Dankbarkeit für diesen wunderbaren Studenten im nunmehr etwas reiferen Alter aus. „Sie sind einer meiner ‚treuesten Hörer‘ seit ich in Heidelberg bin“, lässt er Joachim Kögel wissen, und er empfindet es als Auszeichnung, einen Menschen der fast das ganze 20. Jahrhundert erlebt hat, bei sich zu wissen. Und er wünscht wie wir: Noch viele Jahre. *A. R.*

Rehabilitierungsfristen bis Ende 2019 verlängert

Rechtsanwalt Jens P. Unnau weist auf einige wichtige Schritte hin

Durch das vierte Gesetz zur Verbesserung Rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für die Opfer der politischen Verfolgung vom 02. Dezember 2010 wurden die Antragsfristen für die strafrechtliche, verwaltungsrechtliche und berufliche Rehabilitation einheitlich verlängert bis zum 31.12.2019. Es gab einige (*wenige*) Klarstellungen bzw. Verbesserungen u. a. zur Mindesthaftzeit, zum Wegfall der Anrechnung des Kindergeldes bei der Einkommensermittlung und Verbesserungen für Opferfamilien mit Kindern durch Erhöhung der Einkommensgrenze u. a.

Ein Großteil der VOS-Kameraden ist seit Jahren rehabilitiert und hat meist auch die berufliche Rehabilitation (*im Hinblick auf die mögliche Verbesserung von Rentenanwartschaften bzw. Rentenansprüchen*) absolviert bzw. in Angriff genommen. Allerdings werden – *so jedenfalls meine Erfahrungen der letzten Jahre* – vermeidbare Fehler meist schon im Antragsverfahren gemacht, mit der Folge, dass die berufliche Rehabilitation nicht den gewünschten Erfolg bringt.

Bei Antragstellung sollte man sich bewusst sein, dass man sich in einem verwaltungsrechtlichen Verfahren befindet, die Regelungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes maßgeblich sind und insoweit bestimmte „Spielregeln“ zu beachten sind. Ein solches Verfahren ist keine „Wünsch-Dir-was-Veranstaltung“, so dass man von Anfang an Unterstützung und Hilfestellung annehmen sollte. In den Vordrucksätzen müssen insbesondere die Fragestellungen „*Woran bestand der Eingriff in Ihren Beruf ...?*“ bzw. „*Warum hatte sich bei der beruflichen Benachteiligung Ihrer Ansicht nach um politische Verfolgung gehandelt?*“ detailliert beantwortet werden. Ein inhaltlicher Abgleich mit den Eintragungen in den SVK-Büchern ist dabei empfehlenswert.

In den (*von Bundesland zu Bundesland variierenden*) Antragsvordrucken sind für die Beantwortung dieser beiden Fragen jeweils ganze sechs Zeilen vorgesehen; dies ist vielfach völlig unzureichend, aus diesem Grunde wäre es empfehlenswert, jeweils ein gesondertes Beiblatt beizufügen. Oft wird auch verkannt, dass die sogenannte Verfolgungszeit *n i c h t* nur den Haftzeitraum umfasst. Zwar unterliegt die Behörde – *meist sind es die Landesverwaltungsämter* – der (*gesetzlichen*) Amtsermittlungspflicht; dieser Amtsermittlungsgrundsatz wird jedoch teilweise nur unzureichend umgesetzt. Es kommt durchaus vor, dass man den zuständigen Sachbearbeitern „*auf die Füße treten*“ muss; oft fehlt (*leider*) auch historisches Hintergrundwissen. Wenn das Verfahren zur beruflichen Rehabilitation nur unzureichende Ergebnisse bringt bzw. abgelehnt wurde oder aber eine fehlerhafte (*rechtskräftige*) Entscheidung erging, besteht die Möglichkeit, die Wiederaufnahme des Verfahrens zu beantragen. Ein solches Wiederaufnahmeverfahren ist jedoch leider nur unter sehr engen Voraussetzungen möglich bzw. zulässig. Es müssen Wiederaufnahmegründe vorliegen, solche sind nur dann gegeben, wenn sich die dem Verwaltungsakt zugrunde liegende Sach- und Rechtslage nachträglich zu Gunsten des Betroffe-

nen geändert hat, neue Beweismittel vorliegen, die eine dem Betroffenen günstigere Entscheidung herbeigeführt haben würden o d e r Wiederaufnahmegründe entsprechend § 580 der Zivilprozessordnung gegeben sind. Fernerhin müssen die Betroffenen ohne „*grobes Verschulden*“ außer Stande gewesen sein, den Grund für das Wiederaufgreifen in dem früheren Verfahren, insbesondere durch Rechtsbehelf, geltend gemacht zu haben.

Zu beachten ist, dass eine *A u s s c h l u s s f r i s t* gilt; der Antrag muss, sofern die Voraussetzungen vorliegen, binnen drei Monaten gestellt werden. Die Frist beginnt mit dem Tag, an dem der Antragsteller vom Grund für das Wiederaufnahmeverfahren Kenntnis erhalten hat. Vor dem Hintergrund, dass nur in wenigen Fällen ein Wiederaufnahmeverfahren Erfolg hat, ist es unabdingbar notwendig, schon bei Antragstellung zur beruflichen Rehabilitation präzise Erklärungen abzugeben, Unterlagen zur Glaubhaftmachung beizubringen und auch auf eigene Initiative Nachforschungen anzustellen.

„Ich bin ein alter Mann und möchte Klarheit über die Haft“

Eine unbeantwortete Anfrage an die BSTU

✉ Ich war einer der Ersten, der beim BStU (Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen), damals unter Leitung von Herrn Gauck, Akteneinsicht beantragte. Danach bekam ich einen Termin und musste erstaunt feststellen, dass diese Akten unvollständig waren. Die Stasi erstellte Inhaltsverzeichnisse ihrer Akten. Sie konnte ich sogar einsehen. Seltsamerweise waren die dort aufgeführten Unterlagen ebenfalls zum großen Teil verschwunden. Erstaunlicherweise waren die vorhandenen Akten die relativ harmloseren.

Danach wurden meine mehrfachen diesbezüglichen schriftlichen Bitten um Klärung unkorrekt und ablehnend beantwortet. Ein weiterer Ortstermin – Frau Birthler war dann die Leiterin – verlief ähnlich. Danach gab ich resigniert auf. Nachdem nun Herr Jahn dieses Amt übernahm, machte ich einen erneuten Versuch, da seine Biographie und sein Versprechen, seinen Mitarbeiterstamm zu „reinigen“, mir Hoffnungen machte. Ich schickte ihm am 30. Juni 2011 eine E-Mail an seine Adresse. Darauf erhielt ich ein Schreiben von einer seiner Mitarbeiterinnen mit dem Text meiner E-Mail und der berechtigten Bitte, dies zu unterschreiben. Ich tat es und bekam keine Antwort.

Eingangsbestätigungen gibt und gab es von diesem Büro sowieso nie. Deshalb schickte ich meine Anfrage noch einmal mit Einschreiben und Rückschein. Die Antwort ist noch offen.

Ich bin ein alter Mann und möchte endlich wissen, wer mich 1961 verleumdet und denunziert hat und wen ich vielleicht zu Unrecht verdächtige, für meine lange unschuldig verbüßte Haft verantwortlich zu sein. Ist das nicht wichtiger als die Biographien von Prominenten und Politikern, deren Akten man seltsamerweise findet?
Helmut Graf, Berlin

Opfer-Schicksal

Aus Verzweiflung in die Pulsadern geschnitten, danach in der Klinik an das „Netz-Bett“ gefesselt

Lothar Tiedtke von Koß berichtet über die Misshandlungen und Demütigungen, die ihm in den psychiatrischen Anstalten der DDR zugefügt worden (1. Teil)

Welche Methoden, welche Mittel und Vorgehensweisen durch die Stasi angewandt wurden, ist dem Normalbürger von heute völlig fremd! Spezialmethoden der Stasi kamen zum Einsatz, wenn eine offizielle Verurteilung nicht politisch zu realisieren war; so zum Beispiel bei einer „Überdosis von SED- und Stasi-Anteilen“ in der Familie. Ende der 1970er, Anfang bis Mitte der 1980er-Jahre geriet die DDR noch stärker als bisher unter politischen Druck von „außen“.

Erinnert sei an die erst freie Gewerkschaft Solidarnost in Polen, die gerade in den Werften der DDR unter den Arbeitern für Unruhe sorgte. Die Ausbürgerung Wolf Biermanns 1976 und die damit nachfolgende Ausreisewelle der erstangigen Persönlichkeiten

chung der Einhaltung der Menschenrechte in der DDR. Zucht-



legale „Behandlung“ in der Forensik (unter dem Deckmantel des angeblich besten Gesundheitssystems der Welt), genau das war bei mir der Fall, das bekam ich deutlich zu spüren.

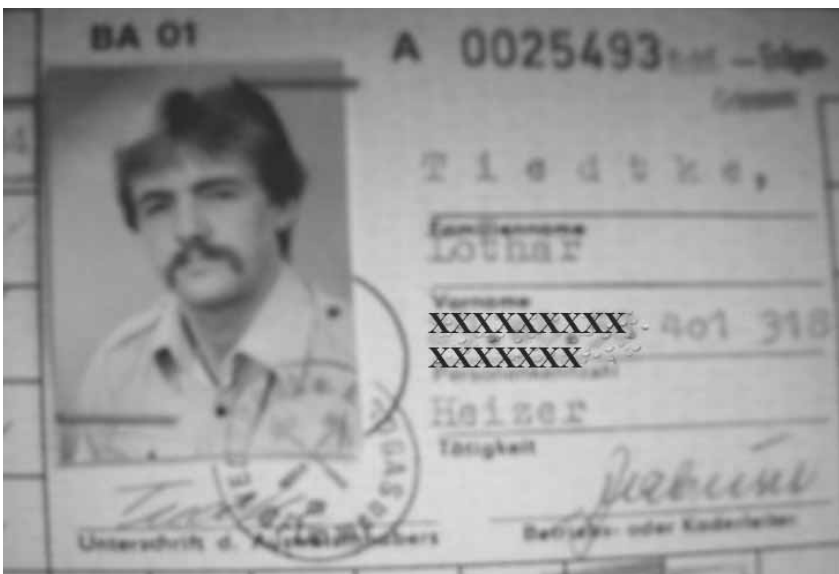
Nach der Lehre 1978 als Schiffbauer der Volkswerft Stralsund stellte ich 1979 den ersten Antrag auf Ausstellung eines Seefahrtbuches bei der Deutschen Seereederei Rostock. Ein jahrelang gehegter Wunsch sollte für mich in Erfüllung gehen. Mit dem Tag der Bewerbung wurde mein Leben von der Diktatur des Proletariats, sprich von meiner Familie gelenkt und geleitet, mit dem Ziel mich politisch mundtot zu machen. Nach einer kurzen Zeit wurde ich aus dem „Grenzgebiet der DDR“ (Hauptwerft Stralsund) in eine Außenstelle versetzt. Ein Standort für „unzuverlässige“ Werftarbeiter mit erschwerten Arbeitsbedingungen.

Für mich und auch für Außenstehende damals nicht nachvollziehbar, kamen die Absage auf den Antrag auf das Seefahrtbuch nach einem Jahr der Durchleuchtung und auf einmal auch der Aufhebungsvertrag meines Arbeitsverhältnisses, und das auf Betreiben der Werft.

Ich war kurze Zeit arbeitslos, und das im Arbeiter- und Bauernstaat! Es folgten ein zweiter Arbeitsplatz, die Abendschule, ein zweiter Beruf als KFZ-Mechaniker. Ich gab auch eine zweite Bewerbung für die Arbeit auf See ab, da ich keine Begründung für die erste Absage bekommen hatte.

Foto oben: Der Autor heute (mit dem Buch „Gestohlene Seelen“ von Heidrun Budde (erschienen als BoD, 316 Seiten). Achtung der Titel wurde auch schon für andere Bücher benutzt.

Foto unten: Ausweiskarte des Autors von früher mit dem Berufsvermerk H e i z e r. →Seite 7 oben



der DDR, die Genfer Konvention mit den Zusatzprotokollen von 1977, das „Helsinki-Abkommen“ zum Ost-West Dialog 1975 zu Menschenrechten und Grundfreiheiten der Gedanken des Gewissens und der Religion.

Die DDR saß mit am Tisch und ratifizierte! Europäische Beobachter und Menschenrechtsorganisationen bekamen per Gesetz beschränkten Zutritt zur Überwa-

häuser, Strafvollzugsanstalten, Arbeitslager von Jugendlichen sowie Jugendwerkhöfe waren zu dieser Zeit voll mit politischen Gefangenen. Für die kleinsten Äußerungen wurde man in Haft genommen.

Die politische Führung der Diktatur erfand in dieser Zeit die „Zersetzung von Personen“, die trotz ihrer „antisozialistischen Äußerungen“ nicht in Haft genommen werden konnten. Operativ zersetzt, il-

Nach einem weiteren Jahr der Beobachtung folgte die zweite Absage. Wieder ohne Begründung!

Unverhohlene Bemerkungen zu jeder Gelegenheit im Bekannten- und Freundeskreis und in der Familie zur Politik der DDR waren meinerseits die Reaktion. Unsichtbar und für außen stehende Personen nicht zu erkennen, agierten geschulte Stasi-Leute, mit dem Ziel, mich zum Schweigen zu bringen.

Am 12.10.1981 wurde ich mit einem Schnitt der Pulsader in eine „offene Station“ eingeliefert, in der gleichen Nacht mit zwei Spritzen „ausgeschaltet“ und auf die DDR-Forensik verlegt. Am Morgen wachte ich in einem „Netzbett“ auf, ich war fest verzurrt! Das war in der Zeit der Operativen Sicherungsaktion „Dialog“, die die Stasi zum Besuch vom Bundeskanzler Helmut Schmidt in Güstrow 1981 eingeleitet hatte. Niemand sollte dem westdeutschen Kanzler zu nahe kommen.

Was ich jetzt Monate lang ertragen musste, bezeichne ich als Folter! Die Station füllte sich jeden Tag mit neuen „unberechenbaren“ DDR-Bürgern. So wurde ich gezwungenermaßen Augenzeuge der größten Stasi-Aktion in der Geschichte der DDR-Diktatur.

Der Befehl von Stasi-Minister Mielke vom 28. November 1981 in dieser Sache umfasst 41 Seiten. Auszug:

- Verstärkte Sicherung von Betrieben, Einrichtungen, Baustellen, Versorgungs-, Tank-, Waffen- und Sprengmittellagern, Wasser-, Gas-, Energie- und anderen bedeutsamen Versorgungsleitungen, Fachkrankenhäuser für Psychiatrie und Neurologie, Jugendwerkhöfe, Urlaubereinrichtungen, Gaststätten, Haltestellen von öffentlichen Verkehrsmitteln und dergleichen in Handlungsräumen und an Fahrstrecken sowie in deren unmittelbarer Nähe.

- Verhinderung der unkontrollierten Annäherung von Personen, vor allem solcher, von denen feindlich-negative oder andere die Sicherheit und Ordnung beeinträchtigende Handlungen ausgehen könnten (Geistesgestörte, Betrunkene).

Die im Raum befindlichen „Netzbetten“ waren alle belegt.

Links ein Werftarbeiter mit positiven Äußerungen über Solidarnost und rechts ein Jugendlicher mit in Brand gesteckter DDR Fahne zum 7. Oktober. Politisch zwangseingewiesen ohne rechtliche Grundlage, so wie ich. Die Forensik war am Tag des Besuches von Kanzler Schmidt so voll, dass man Betten in die Flure stellte! Dutzende politisch Eingewiesene teilten mit mir das gleiche Schicksal.

Nach der monatelangen „Behandlung“ mit Elektroschocks, Körperverletzung am laufenden Band, Psychopharmaka, Verschnüren im „Netz Bett“ und Abnahme meiner LKW-Fahrerlaubnis auf Lebenszeit kam die Kündigung als LKW-Schlosser. Ich war im „Arbeiter und Bauernstaat“ erneut arbeitslos. Die Demontage eines Jugendlichen, der nur sein Recht auf freie Berufswahl in Anspruch nehmen wollte, war noch lange nicht beendet. Die eigene „Familie“ zwang mich zur Strafarbeit als Heizer in „rollender“ Schicht unter der Aufsicht von GMS „K.“, der als Heimleiter der Einrichtung ein Verwandter und somit mein übergeordneter Vorgesetzter war.

Von 1984 bis 1989 musste ich, mit Mengen an Psychopharmaka versehen, im Dreischichtsystem arbeiten, unter ständiger Beobachtung der Staatssicherheit.

Mit der Wende war für mich, so glaubte ich, die Verfolgung noch nicht zu Ende. Es begann 1992 ein erbitterter Kampf um Wahrheit, gegen ehemalige Stasi Mitarbeiter, Ärzte und für Rehabilitierung!

Teil 2 des Berichts folgt in der nächsten Fg-Ausgabe.

Fünf bittere Weihnachten hinter Stacheldraht

Wolfgang Lehmann berichtet als Zeitzeuge über seine Jugend in sowjetischen Terrorlagern

Unter dem Verdacht, als Werwolf-Angehöriger einen Anschlag mitverübt zu haben, wurde der damals 16-Jährige Wolfgang Lehmann im Oktober 1945 in dem Ort Großbräschen (heute Bundesland Brandenburg) verhaftet.

Nach nächtelanger schwerster Folter im GPU-Keller Calau unterschrieb er ein in Kyrillisch verfasstes Protokoll, dessen Inhalt er nicht kannte, und kam ohne Urteil über Cottbus zunächst für zwei Jahre in das Speziallager Ketschendorf.

Mit weiteren 1.200 männlichen Jugendlichen war er dort in einem Sechs-Familien-Haus zusammengepfercht, vor dem jeden Morgen der Leichentransport hielt.

Anfang 1947 wurde er zur Zwangsarbeit nach Sibirien deportiert, arbeitete in den Lagern bei Prokopjewsk und Stalinsk. Als „Kriegsgefangener“ 1950 entlassen, sah er sich mit seiner Familie 1960 zur Flucht in den Westen gezwungen, nachdem die Stasi ihn zu Spitzeldiensten erpressen wollte.

Anm.: Kamerad Lehmann ist seit langem als Zeitzeuge an den Schulen des Bundeslandes Hessen aktiv. In der Freiheitsglocke (Nr. 698) hat er bereits ausführlich über sein Haftschicksal berichtet.

Foto und Text-Info: W. Lehmann



Ketschendorf. In einem dieser Häuser vegetierten über 2000 Jugendliche unter katastrophalen Bedingungen.

25 kg eigene Stasi-Akten – das wiegt nicht nur als Papier schwer!

Zum Brief von Helmut Schmidt an führende deutsche Politiker (Fg 705, Seite 23)

☒ Ja, hinsichtlich der Anerkennung zur Ehrenpension durch unsere Bundesregierung sind wir Opfer zweiter Klasse.

In Ihrem Brief, lieber Helmut Schmidt, an die Regierung der Bundesrepublik haben Sie sehr vielen Opfern aus der Leidenszeit in den Stasi-Gefängnissen aus den Herzen gesprochen. Wie man Menschen, die vierzig Jahre lang in dem totalitären Staat namens DDR Schuld an Unschuldigen auf sich geladen haben, auch noch eine „Ehrenpension“ bewilligt, bleibt uns als deren Opfer unverständlich.

Aber da ist noch ein anderer Punkt, der nicht von der Regierung gewürdigt wird: Es gibt noch einige wenige Opfer des SED-Regimes, die sich mit Fleiß in die Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik einbringen und bisher äußerst nachhaltig am Wohl

des Staates mitarbeiten konnten. Diese Menschen haben bisher kein Recht, die „Besondere Zuwendung“ (Opferpension) zu erhalten. Ihr monatlicher Verdienst liegt ein Stück über der festgelegten Einkommensgrenze. Sie haben aber gleichermaßen die Schrecken der Entbehrungen dieser Diktatur erfahren müssen.

Unter www.Zeitzeugenbuero.de kann man nachlesen, dass ich schon mehrfach in der Öffentlichkeit gerade über die Zeit von 1945 bis 1989 aufkläre. Über diese Internetseite erhalte ich auch selbst Informationen von anderen Geschädigten und Betroffenen.

Mein Sohn ist damals im Alter von 22 Jahren ebenso wie meine Frau und ich nach den Prinzipien der Sippenhaft nach den Paragraphen 214 und 219 von der Stasi vor und während der Haft aufs schlimmste gedemütigt, verhört,

gefoltert und in Einzelhaft genommen worden. Ein dringender Antrag auf einen Arztbesuch wegen asthmatischer Erstickungsanfälle ist für meinen Sohn abgelehnt worden. Mir liegen hierzu alle Originalschreiben (in Kopie) von der BStU-Behörde vor.

Wir sind im Besitz von 25 kg Stasi-Akten.

Unser Sohn hat nach der Haft 1986 nach 16 Monaten in Köln begonnen, sich in das Berufsleben der Bundesrepublik einzubringen. Er ist heute verheiratet, hat zwei Töchter, ist ohne Unterbrechung berufstätig. Aber er erhält von der Stadt Bremen (bzw. vom Staat), wo er seit elf Jahren tätig ist, keine Opferpension.

Liebe Kameradinnen und Kameraden, wir verstehen unsere Politiker im Hinblick auf die DDR-Vergangenheit nicht.

Euer Reinhard Schwarzer

Eine gründliche Aufarbeitung der SED-Diktatur hat es nie gegeben

Eine Bilanz der letzten zwanzig Jahre und das Entsetzen über die MfS-Mitarbeiter bei der BStU

☒ Fast in jeder Ausgabe der Freiheitsglocke kann man Berichte über die Tätigkeiten des Staatssicherheitsdienstes der DDR oder über dessen inoffizielle Mitarbeiter bzw. über den SED-Staat lesen. Man glaubt inzwischen, alles über die Machenschaften der Stasi erfahren zu haben und muss dennoch feststellen, dass bei Weitem noch nicht alles bekannt gemacht wurde, wessen sich die Angehörigen des MfS und deren Büttel schuldig gemacht haben. So ist es für mich unbegreiflich, dass der letzte Ministerpräsident der formell nicht mehr existierenden DDR, Herr Lothar de Maiziere, die Auffassung vertritt, die DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen. Für mich ist es zudem unerträglich, dass es Menschen gibt, die sich eifrig bemühen, die Missetaten der Mitarbeiter der Staatssicherheit zu verklären.

Der jüngste Skandal, den die Öffentlichkeit zur Kenntnis nehmen musste, ist, dass die Behörde, die

die Aufgabe hat, die Vergehen und Verbrechen der Stasi-Mitarbeiter aufzuklären, sage und schreibe vierzig bis fünfzig ehemalige Mitarbeiter des MfS beschäftigt und dieselben sogar verbeamtet worden sein sollen. Diese Leute, die man letztlich dem Täterkreis zurechnen muss, genießen damit Vorteile, wie sie sie als absolut Regimetreue nicht einmal in der DDR hatten.

Blicken wir zurück: Nach 1990 gab es leider nur eine halbherzige Aufarbeitung der SED-Herrschaft, sonst hätte man auch jene ominöse Rosenholz-Datei auswerten und über deren Inhalt informieren und aufklären müssen. Mit großer Wahrscheinlichkeit würde man auch auf die Namen manch namhafter Bürger (oder Bürgerinnen) der alten Bundesrepublik stoßen.

Meine Meinung lautet: Solange solche Leute wie die hier beschriebenen ehemaligen MfS-Mitarbeiter der BStU-Behörde in derart verantwortungsvollen Positionen sind und auch äußerst sensible Aufga-

ben haben, kann man vor allem als SED-Opfer kein uneingeschränktes Vertrauen in unsere Behörden und letztlich auch in die etablierten Parteien aufbauen.

Anlässlich eines Zeitzeugengesprächs vor Bürgerinnen und Bürgern, an dem auch ein ehemaliger Offizier der Staatssicherheit teilnahm, wurde mir und anderen Besuchern von diesem angeboten, dass er bei entsprechendem Bedarf für uns zur Klärung von Fragen bezüglich der Vergangenheit recherchieren könne. Ihm stünden „Quellen“ zur Verfügung, die für andere unzugänglich wären.

Dieses zweifelhafte Angebot lehnten wir selbstverständlich ab. Um welche „Quellen“ es sich hier handelt und zu wem der besagte Herr Kontakt aufnehmen würde, kann ich mir jedoch nur zu gut vorstellen ...

Das alte Sprichwort trifft offenbar noch immer zu: Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen. *Siegfried Müller*

„Ich wollte lieber staatenlos als das Eigentum der DDR sein!“

Ein außergewöhnliches, aber auch ein typisches DDR-Schicksal, das in die Haft mündete

Ulbricht sagte den Menschen innerhalb und außerhalb der DDR noch 1961: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen. Das war eine Lüge, die noch heute durch die Medien der ganzen Welt zieht. Damals jedoch dachte man: Er kann ja Mauern bauen, aber bitte schön, nur für seine Genossen. Das Volk möge in Freiheit leben.“

Manche Parole, mancher angebliche Grundsatz erwies sich ebenso als Lüge:

- Der Arbeiter das Maß aller Dinge
- Die bewaffneten Organe sichern die Errungenschaften des Sozialismus‘
- Die Milch von Nauen bis Ketzin löscht den Brandherd West-Berlin
- Wer Willy Brandt zum Bürgermeister wählt, erweist sich als Brandstifter
- Die Ostsee soll ein Meer des Friedens sein.

Losungen dieser Art wurden den Menschen in der DDR vor allem in den 1950er und 1960er eingebläut. Wir Schulkinder bekamen sie von der ersten bis zur achten Klasse vorgepredigt.

Das ist nun aber vorbei. Manch einer, der damals am lautesten mitgeschrien hat, will es heute nicht wahrhaben. Bestenfalls heißt es: „Wir mussten ja mitmachen, vor allem weil die Sowjets im Lande standen.“ Eine dünne Ausrede, eine (zu) späte Erkenntnis.

Unsereins vergisst nicht, dass man 45 Jahre wie ein Sklave unmündig gehalten wurde. Rechtlos und in das große Gefängnis DDR eingesperrt. Und wer sich auflehnte, bekam es mit den Gerichten und der Stasi zu tun. Die Urteile wurden hart und erbarmungslos gefällt.

Heute fragt man sich: Was hat jene bewaffnete Minderheit angetrieben, auf wehrlose Flüchtlinge wie auf Hasen zu schießen? Warum wurden politisch Andersdenkende inhaftiert, kujoniert und bespitzelt? Nicht nur das MfS, die Polizei und die Armee waren daran

beteiligt, sondern die Mehrzahl der staatlichen Organe, von denen nach der Wiedervereinigung etliche Mitarbeiter in den westlichen Staatsdienst übernommen wurden. Diese Leute erhalten gute Gehälter und stattliche Renten – im Gegensatz zu uns Opfern.

Meine eigenen Erlebnisse sind deprimierend. Sie haben u. a. mit der Ostseeküste zu tun, wo zahllose Boote patrouillierten, um Flüchtlinge einzufangen oder zu vernichten. Ich war einer von denen, die man aufgriff. Als ich mich der Grenze näherte, um mich umzusehen und vielleicht in den Westen zu fliehen, kamen aus einem Erdloch die Grenzer und stellten mich mit vorgehaltener Waffe zur Rede. Ich war unbewaffnet, hob die Hände und bat, man möge mich gehen lassen, weil ich nur zufällig hierher geraten sei. Es ging aber nicht, weil der Vorfall schon von einem Wachturm registriert und an die Grenzzentrale gemeldet worden war. Kurze Zeit später fuhr ein Kübelwagen vor. Ich wurde fortgebracht, kam nach Rostock, wo man mich drei Wochen lang durch die Mangel drehte. Ich sollte gestehen, ein Spion zu sein. Ich gestand nichts, denn ich war weder ein Spion noch ein Krimineller. Ich hatte einige Zeit zuvor einen Ausreiseantrag gestellt, denn ich hatte die Absicht, nach Afrika zu gehen. Ich hatte die DDR wegen ihrer vielen Unfreiheiten nicht mehr ertragen, ich wollte einfach kein Deutscher und kein Eigentum dieses Arbeiter- und Bauernstaates mehr sein. Besser staatenlos sein und in Afrika ein einfaches Leben führen als sich in der DDR gängeln zu lassen. Meine Willensäußerung wurde sogar in meine Akten eingetragen, man kann dies nun nachlesen. Die Parteileute und Kommunisten der DDR hatten trotzdem versucht, mich zurückzuhalten. Es hieß: „Wir brauchen Sie noch.“

Da man mit mir nicht weiterkam, wurde ich dann im Grotewohl-Express nach Oranienburg bei Berlin gebracht. In der dortigen Unter-

suchungshaftanstalt wurde nochmals versucht, mir ein Spionage-Geständnis abzupressen. Zugleich warf man mir vor, den Wehrdienst bei der NVA verweigert zu haben und die DDR verlassen zu wollen. Da es nicht gelang, wurde ich drei Wochen später nach Potsdam in die U-Haftanstalt Bauhofstraße verfrachtet. Diese elende Institution unterstand der „Volkspolizei“.

Die Zerschlagung des Kommunismus kam für mich zur rechten Zeit. Obwohl ich mit dem Verlauf der Aufarbeitung nicht zufrieden bin. Honecker passierte nichts, den meisten anderen Verantwortlichen für die DDR-Diktatur ebenfalls. Wenigstens soll es ein Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin geben. Oder etwa doch nicht? Eine Inschrift hätte ich schon: KOMMUNISMUS, SCHRECKEN DER MENSCHHEIT UND SCHRECKEN DER WELT!

Ich weiß, warum ich das fordere: Ich habe unter Ulbricht 15 Monate bekommen. *Kurt Karich, O'burg*

Das Einheitsdenkmal ist (so gut wie) beschlossen

Im April dieses Jahres ist man sich einig geworden; nicht als Volk, aber in Sachen Schaffung eines Denkmals, das der deutschen Einheit gewidmet sein soll. Ein bisschen allerdings doch: auch der Deutschen Einheit. Zum Tragen soll das Konzept der Architekten-Formation Milla (Stuttgart) und der Künstlerin Sasha Waltz (Berlin) kommen. Es handelt sich um eine Schale mit der Aufschrift „Wir sind das Volk“. Zudem soll es beweglich sein, in der Art einer Wippe, wobei man hoffen darf, dass es wegen der Beweglichkeit nicht unversehens abstürzt wie einst die dicke Metallsäule am Berliner Hauptbahnhof. Veranschlagt ist es mit (nur) zehn Millionen Euro. Kaum denkbar, dass der Betrag reicht. Die Bauzeit soll zwei Jahre betragen. Passend zur nächsten Bundestagswahl, wo ja auch einige(s) wippen oder gar abstürzen könnte(n) ... A.R.

Proteste, Fluchtpläne und immer wieder Verhaftungen

Letzter Teil des Berichts von Christian Lappel

Meine vorsorgliche „Hausbereinigung“ war – wie sich später herausstellte – ausgesprochen nützlich gewesen. Nirgends wurde etwas Belastendes (Bücher, Briefe, Westzeitungen, Westgeld, Adressen und Westverbindungen usw.) gegen mich gefunden.

Während des Haftaufenthalts war ich für über drei Monate zum größten Teil in Einzelhaft in Leipzig – mit natürlich Tag und Nacht nicht enden wollenden Verhören. Obwohl ich zuvor schon mehrmals bei der Stasi in Haft gewesen war, hatte ich Schwierigkeiten, mich gegen die Verhör und Beschuldigungs-Taktiken der Staatssicherheit zur Wehr zu setzen. Die Vernehmer hatten schon eine dicke Akte von Verhör-Protokollen gesammelt, und ich rechnete mir aus, dass ich lange im Zuchthaus bleiben würde, auch wenn man mir nur Fluchtvorbereitung vorwerfen konnte.

Aber es kam anders, ich wurde krank, hatte Komplikationen mit einer kurz zuvor erfolgten Operation an meinem rechten Arm, wurde in das Haft-Krankenhaus Meusdorf bei Leipzig überwiesen – und war nicht mehr in Einzelhaft. Natürlich habe ich auch dort viel erlebt und gesehen, was hier aufzuschreiben zu langem dauern würde.

In Meusdorf kam ich mit wirklich cleveren politischen Gefangenen zusammen. Einer von denen gab mir den Rat, dass ich verlangen sollte, alles was ich unterschrieben habe, noch einmal lesen zu wollen. Er meinte auch,

meines Fortschrittes auf dem Weg zur „sozialistischen Persönlichkeit“ darlegen ... Ich solle gar nicht versuchen, in ein ehrliches Gespräch mit den Stasi-Leuten zu kommen, denn deren Sprache würde ich ohnehin nicht verstehen – ein Blinder könne schließlich auch keine Farbe begreifen.

Dies war ein guter Rat für einen ziemlich unbedarften politischen Häftling wie mich. Als ich aus dem Haft-Krankenhaus zurück in das Untersuchungsgefängnis kam, gelang es mir tatsächlich, alles, was gegen mich vorlag, als Vergangenheit und mir gar nicht mehr verständlich zu relativieren.

Schließlich wurde ich entlassen, ich bekam meine Kleidung, die ich bei der Verhaftung anhatte, in die Zelle gebracht, musste diese anziehen und stand plötzlich auf der Straße.

Ich weiß noch wie heute, wie seltsam mir in meinen Ohren das Quietschen der Straßenbahn in den Schienen in der Kurve und auch das Singen der Vögel in den Bäumen vorkamen. Zuvor hat der Stasi-Vernehmer zu meiner Mutter bei einem der Verhöre gesagt: „Wir wissen genau, was ihr Sohn wollte, wir können es aber nicht beweisen.“

Meine Mutter berichtete mir dies und auch dass sie den Stasi-Mann fragte: „Warum lassen sie die jungen intelligenten Leute nicht in Freiheit und in Ruhe.“

Da hat der Mann geantwortet: „Wir wissen ja nicht, was diese Leute mit uns machen, wenn wir sie *in Ruhe* und unbeaufsichtigter Freiheit lassen.“

Natürlich wurde ich von meinem Philosophiestudium exmatrikuliert.

Bald darauf wurde ich jedoch wieder verhaftet, nun zusammen mit dem „Genossen Betriebsleiter“ (den ich im ersten Teil meiner Erzählung erwähnte) und kam danach ebenso sowie meine zwei Geschwister in den Westen. Mein anderer Bruder Andreas malte sich später, als wir im Westen waren, die Hoffnung aus, ebenfalls in den Westen entlassen zu werden, was man ja leicht verstehen kann.

Er hatte, wohl um die Erfüllung seiner Hoffnung zu beschleunigen, im Zuchthaus Torgau in seiner Zelle das Deutschlandlied gesungen und trotz einer Mahnung zur Ruhe nicht aufgehört damit. Man machte ihm innerhalb des Zuchthauses ein neues

Verfahren und verurteilte ihn zu zusätzlich drei Jahren. Aber auch Andreas wurde vor dem Absitzen seiner langen Haftstrafe von der Bundesrepublik freigekauft. Noch heute merkt man leider, dass ihm diese Jugendjahre fehlen, er wurde mit 16 eingesperrt.

Christian M. Lappe, USA

Das Foto zeigt Christian Lappe (4. v. l.) mit seiner Familie und Freunden in seiner neuen Heimat USA



dass ich alles was nur möglich ist, unter Verwendung von deren kommunistisch beschränkter Sprache und all den dummen Schlagworten, leugnen sollte. So als habe ich mich lediglich in einer schlechten Phase meiner Entwicklung zum „sozialistischen Menschen“ befunden, zumal ich ja sogar Philosophie studiert hatte und das lange nach dem Schreiben meines Ketzer-Briefes. Dies könne man auch zu meinem Vorteil und als Beweis

Ein Weinbuch, das man lesen und lieben kann

Bernd Müller-Kaller hat viel Wissen über Wein, Philosophie und Geschichte zusammengetragen

Das Buch, das ich Ihnen, liebe Leserinnen und Leser diesmal vorstellen und empfehlen möchte, fällt aus dem Rahmen der sonst an dieser Stelle empfohlenen Schilderungen von Hafterlebnissen heraus. Es ist ein Buch, das rundum über den Wein berichtet und uns neben sachlich-fachlichen Details mit Geschichten, Erfahrungen und persönlichen Eindrücken erfreut. Dennoch ist es kein Buch jenseits der Politik und der realen Geschichtsbetrachtungen. Im Gegenteil, die Schilde-

Mit seinem Buch zeigt er nun, dass unsere Erinnerungen nicht nur von den Hafterlebnissen gesteuert werden sollten. Auch der Wein kann ein (sehr) dankbares Thema sein. Wenn man ihn mit philosophischen Betrachtungen verbindet und dabei sowohl in ganz frühe Jahrhunderte reist, zugleich aber auf die Gegenwart reflektiert, so bieten sich Möglichkeiten unterschiedlichster Art, die Leserin und den Leser in Entzücken zu versetzen. Und dies geschieht hier ganz eindeutig.

Bernd Müller-Kaller bietet uns ein Buch an, das in der Tat so voll und farbig (womit nicht nur die zahlreichen Abbildungen gemeint sind) daherkommt wie einer dieser wunderbaren Weine,

die hier beschrieben werden. Selbst mir, der sich, wenn er schon mal dem Genusse des Alkohols frönen mag, eher dem anderen Stamm-Getränk der Deutschen, dem klassischen Pilsner, zuwendet, wird beim Lesen der Mund wässrig. Zudem hat der Autor im letzten Viertel des Buches die Klassifizierungen der Weinsorten dargestellt, auch die Merkmale und das Informationsmaterial, deren es für die (Er)kenntnis des Weines im Allgemeinen und im Speziellen bedarf.

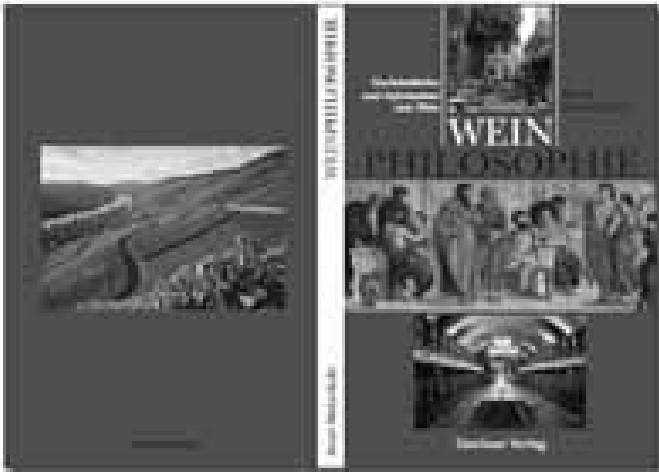
Zu den interessanten politischen Aussagen des Buches rechne ich die Verbindung „Wein und Heimat“, wo der Autor an der eigenen Person erklärt, wie benachteiligt der einstige DDR-Bürger gewesen ist, wenn er eine tiefere Beziehung

zum Wein entwickeln wollte. Die klassischen, die gelobten Weinparadiese befanden, befinden sich dort, wo wir früheren „Ossis“ nicht hindurften. Das Rheinland, das Moselgebiet, Frankreich, Italien und viele andere schöne Plätze des Erdballs. Wer in der DDR lebte, der hatte sich mit Hemus, Gamza oder Khardaka zu begnügen – mehr ließen die Devisenwächter mit dem Abzeichen am Kragen kaum zu.

Der Fall der Mauer jedoch ermöglichte auch dies: das Vordringen zum Wein. Und somit beweist der Autor durch seine „Wein-Expeditionen“, was sich auch nach jahrelanger buchstäblicher Abstinenz in Sachen Wein- und Geistesgenuss dazulernen und durch eigene Kreativität ausbauen lässt.

Unübersehbar ist freilich die Allgemeinbildung, die Bernd Müller-Kaller dem Leser hier vorführt. Goethe, Kant, Platon, Rilke – es sind so viele Namen von erlesenen Leuten, die hier für ein erlesenes Getränk werben oder schwärmen und die sich dem Rebensaft irgendwie auch hingeben. Nicht zuletzt der Autor selbst.

Ich darf dieses Buch mit gutem Gewissen allen empfehlen, die etwas über den Wein, aber auch über Länder und Regionen sowie über große Geister der Geschichte erfahren möchten. Und wem noch keine Idee für ein Weihnachtsgeschenk gekommen ist, für den gibt es wohl nichts, das näher liegen könnte als dieses Buch. A.R.



rungen sind sogar sehr eng verbunden mit dem persönlichen Schicksal eines ehemaligen politischen Häftlings der SED-Zeit, stammt es doch aus der Feder unseres Kameraden Bernd Müller-Kaller, der schon mehrfach mit guten Beiträgen in der Freiheitsglocke in Erscheinung getreten ist und im VOS-Landesverband Sachsen den Vorsitz übernommen hat.

Kamerad Müller-Kaller stammt aus Veilsdorf, das einst nahe an der innerdeutschen Grenze lag. Er wurde 1939 geboren, studierte für den Lehrerberuf und später Philosophie. Während seiner Promotion geriet er 1983 mit dem politischen System der DDR in Konflikt, wurde von der Stasi verhaftet und kam erst 1989 frei.

Bernd Müller-Kaller:
WEIN-PHILOSOPHIE - Nachdenkliches und Informatives zum Wein ISBN 978-3-89772-187-6
19,80 Euro, 170 Seiten,
zahlr. Fotos, Abb., Zitate, Definitionen und persönliche Erinnerungen

Wir trauern um

Gerd Grothe
Otto Bachmeier
Gerhard Gziwa
Erhard Potzeld
Roland Tröge
Waltraud Klann
Otto Kees

Bezirksgruppe Leipzig
Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe
Bezirksgruppe Dortmund
Bezirksgruppe Halle
Bezirksgruppe Reutlingen
Bezirksgruppe Rhein-Ruhr
Bezirksgruppe Ulm

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Ausstellung am Bahnhof Friedrichstraße

Tränen, Trauer, wenig Hoffnung

Bundesbehörde eröffnete im September die Dauer-
ausstellung an der ehemaligen Grenzübergangsstel-
le Bahnhof Friedrichstraße in Berlin

Er war ein Ort, wie es ihn in Deutschland wohl nicht wieder geben wird: Bahnhof Friedrichstraße bis zum Herbst 1989. Gelegen direkt an der Grenze in Berlin-Mitte, war hier die Endstation für die S-Bahnzüge aus Erkner und die Kontrollstation für die Fernzüge, die auf dem Transitweg in den Westen fuhren. Vor dem Bahnhof sah man das pulsierende Leben der DDR-Hauptstadt mit Autoverkehr, Straßenbahnlinien, Kneipen, Hotels und Theatern. In seinem Innern jedoch befand sich die Abfertigungshalle für die Touristen aus dem Ausland und der Bundesrepublik, die mit einem Tagesvisum in die Hauptstadt der DDR einreisen und sich hier bis 24 Uhr aufhalten durften. Täglich waren es in den siebziger und achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts bis zu 30.000 Menschen, die über den Bahnhof ein- und ausreisen durften. Erreichbar durch den Eingang in der verglasten Seitenfront, gelangte man von außen in das Reich, in dem das DDR-Grenzpersonal die uneingeschränkte Herrschaft innehatte und das für Bürger, die über keinen Reisepass verfügten, tabu blieb. Hier wurde streng kontrolliert. Visa, Taschen und sonstiges Gepäck. Und hier wurde so unerbittlich wie an allen anderen Grenzübergangsstellen nach DDR-Bürgern und Westdeutschen getrennt. Während die einen den Weg in die Freiheit antreten konnten, mussten die anderen zurückbleiben. Schon in der Vorhalle fanden die Verabschiedungen statt, oft genug schmerzvoll und unter heftigen Umarmungen und mit bitteren Tränen. Die, die gingen, ließen die, die nicht mitdurften zurück. Verwandte, Freunde, Verlobte, Geliebte. Manche Tragödie spielte sich hier ab. Auch manches Schicksal, das in die Haft führte, reihte sich in die lange Liste menschlichen Unrechts ein. 140 Kameras überwachten den Bahnhof; und zahllose Stasi-Mitarbeiter, oft zur Tarnung in Uniformen der Transportpolizei waren im Einsatz. Kein Wunder, dass dieser von bitteren Erfahrungen geprägte Ort im Volksmund den Namen *Tränenpalast* bekam.

Auch der unterirdische Gebäudekomplex mit dem U-Bahn-Gelände, eigentlich noch auf DDR-Gebiet gelegen, war für die einfachen DDR-Bürger nicht erreichbar. Hier versuchte die DDR durch verbilligte Waren- und Dienstleistungsangebote Devisen zu erhaschen. Kleidung oder Lese-
stoff waren hier ebenso zu erwerben, wie man auch Passbilder machen lassen oder zum Haarschneiden gehen konnte.

Nunmehr wurde an dieser Stätte im Beisein von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Roland Jahn eine Ausstellung eröffnet, die den Titel „GrenzErfahrungen, Alltag der deutschen Teilung“ bekam. Der Tränenpalast am Bahnhof Friedrichstraße bekommt somit auch einen gegenständlichen Platz in der Geschichte und den Erinnerungen der Menschen. Durch Ausstellungsstücke und Dokumentationstafeln, die teils aus dem Bestand der BStU-Behörde stammen, wird verdeutlicht, zu welchen Untaten das Regime der SED fähig war, um die eigene Bevölkerung zu unterdrücken und im großen Gefängnis einzusperren. Die Ausstellung hat eine eigene Web-Seite.

Hugo Diederich

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax: 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag

von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon: 030 - 2546 26 38 Fax: 030 – 2300 56 23

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion: A. Richter

redaktion@vos-ev.de

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen),
Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag zugleich Bezieher der „Freiheitsglocke“.

Jahresbeiträge:

- | | |
|--|---------|
| – Mitglieder, einschl. Freiheitsglocke | |
| – alte Bundesländer | 45,00 € |
| – neue Bundesländer | 40,00 € |
| – Ehepartner | 15,00 € |
| – Aufnahmegebühr Mitglieder | 2,60 € |
| – Abonnement | 24,00 € |

Internetseiten der VOS und Links unter

www.vos-ev.de

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-ev.de

Die nächste Ausgabe (708) erscheint im Oktober 2011

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 707: 20. Sept. 2011